

Weltwirtschaft

Weltwirtschaftswachstum

Asiatische Delle

Die Verflechtung der Weltwirtschaft hat eine Dichte erreicht, welche den Begriff einer regionalen Krise nicht mehr zuläßt. Die Asien-Krise ist eine solche von einer Region ausgehende, aber nicht auf diese Region beschränkte Krise. Der Internationale Währungsfonds revidierte im April die Wachstumsprognose für die Weltwirtschaft 1998 deshalb weiter nach unten, auf 3,1 %, für 1999 auf 3,7 %. Die EU bleibt danach mit jeweils 2,8 % unter diesen Werten.

Die OECD nannte die Krise einen Schock für die Weltwirtschaft. Den EU-, speziell den EWU-Mitgliedstaaten empfiehlt sie das Festhalten am Konvergenzprozeß und – über die Anpassung an die gewandelte weltwirtschaftliche Lage hinaus – die Steigerung der Anpassungsfähigkeit. Der Blick ist dabei speziell auf die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit gerichtet: 7 % in der OECD, 10,9 % in der EU, 11,5 % in Deutschland (Prognose für 1998).

Krisenmanagement

Lehren aus der Krise

Die Lehren aus der mexikanischen Peso-Krise von 1994 reichten für den Internationalen Währungsfonds offenbar nicht aus, um die Asien-Krise angemessen zu bewältigen. Das gilt für die Vorsorge durch schärfere Überwachung der Mitglieder ebenso wie für das eigentliche Krisenmanagement. Die wirtschaftlichen Daten wurden nicht zeitnah genug gemeldet und boten auch keine Basis für verläßliche Schätzungen. Zudem haben sich erst 40 der 187 Mitglieder zur Berichterstattung verpflichtet. Die normalen Mittel (Quoten) reichten nicht aus für die Hilfsmaßnahmen, die eigentlichen Fazilitäten der Neuen Kreditvereinbarung (wie der Feuerwehrfonds genannt wird) waren möglicherweise zu knapp bemessen bzw. nicht verfügbar.

Die Aufgabe ist schwer zu leisten, weil der IWF im Spannungsfeld nationaler Interessen einerseits sowie privater und öffentlicher Interessen andererseits agieren muß. Die Weltwirtschaft ist kein Konzern mit ausreichender Kompetenz der Geschäftsführung. Das objektiv feststellbare Versagen ist nicht ohne weiteres mit der Schuldfrage zu verbinden. Es ist zwar nicht gewollt, hielt sich aber in dem Rahmen, der bisher von den IWF-Mitgliedern in Kauf genommen wird. Nationalstaatliche Struktu-

ren und Weltmärkte sind partiell unverträglich, und privatwirtschaftliche Spekulationen können nicht (letztlich) mit Steuergeldern abgesichert werden. Die Lehren aus der Krise sind weniger fachlicher als vielmehr politischer Natur.

Electronic Commerce

Mehr als Kommunikation

Dem Internet traut man eine Rolle zu wie der Dampfmaschine, als sie aufkam. In ihm verschmelzen die Sphäre der Kommunikation und die Produktsphäre. Ein Buch über das Internet bestellt und körperlich geliefert – da sind die Sphären noch getrennt (indirekten elektronischen Geschäftsverkehr nennt die EU-Kommission diese Form). Ein Gutachten, am Computer erstellt und über das Internet geliefert (direkter elektronischer Geschäftsverkehr), kann zum Beispiel ausgedruckt, gespeichert, am Bildschirm gelesen, maschinell vorgelesen, weitergeleitet oder ungelesen gelöscht werden: das »Produkt« ist wählbar.

Wie sollen da die alten Definitionen greifen, die von Wirtschaftswissenschaftlern und von Juristen entwickelt wurden und bis heute alle maßgebenden nationalen Gesetze und internationalen Abkommen zur Weltwirtschaft beherrschen? Am besten überhaupt nicht, sagen die einen, gebt dem Pflänzchen Zeit, sich zu entwickeln. Der WTO kann die Ansicht nicht genügen: Ware oder Dienstleistung – das ist ein großer Unterschied hinsichtlich Zollsätzen, Kontingentierungsmöglichkeiten, kurz: hinsichtlich geltender Verträge. Die einzige saubere Lösung, die derzeit vor-

stellbar ist, ist eine generelle (nicht auf den elektronischen Handel beschränkte) Abschaffung von Zöllen und nichttarifären Handelshemmnissen (genau das wünscht der Generaldirektor der WTO zum 50jährigen GATT-Jubiläum): das wäre die Dampfmaschine.

50 Jahre OECD

Stimme der Industrienationen

Vor 50 Jahren als OEEC gegründet mit dem Auftrag, die Umsetzung des Marshall-Plans zu überwachen, mauserte sich die heutige OECD zu einem Klub der Industrienationen, seit den neunziger Jahren auch ausgewählter Schwellenländer.

Klein und fein ist der Zusammenschluß geblieben – ein Vorzug, der ihr Aufgaben zu erledigen ermöglicht, für die etwa die Welthandelsorganisation WTO zu groß ist (zum Beispiel das umstrittene Investitionsschutzabkommen). Gleichwohl ist die Denkfabrik (die mehr als 12 000 Studien jährlich produziert) kein Vordenkerklub für Belange der Weltwirtschaft. Die Fachkompetenz ist den über 1800 Mitarbeitern durchaus zuzutrauen, was fehlt, ist die Unabhängigkeit: alle Publikationen müssen einstimmig beschlossen werden. Das engt den Korridor der möglichen Urteile ein, das läßt aber auch Formen der Instrumentalisierung zu wie die Einflußnahme auf innenpolitische Auseinandersetzungen durch Einsatz einer schein-objektiven OECD-Aussage.

Die in langen Publikationsreihen entstandenen Daten-Profile der Mitgliedsländer sind wertvoll, reichen aber nicht aus, die

Existenz einer Organisation mit einem Jahresetat von umgerechnet 350 Mio. DM zu rechtfertigen. Etatkürzungen und Stellenstreichungen sind auch keine Lösung. Die OECD könnte vielmehr eine Stimme der Industrienationen im Weltwirtschaftsdialog darstellen, wenn man sie ließe. Damit eng verbunden ist die Frage, ob neue Mitglieder aufgenommen werden sollen, also ob der notwendige Konsens weiterhin Einstimmigkeit verlangt.

Deutschland

Exporte

Relativ schwach

Das Ausfuhrplus von 12,5 % im abgelaufenen Jahr läßt eine Freude aufkommen, die sich rasch verflüchtigt, wenn man einige Zusatzrechnungen anstellt, wie jüngst das Institut der deutschen Wirtschaft: Der deutsche Welthandelsanteil ist erneut gesunken auf nunmehr 9,6 %. Das liegt daran, daß die Dollar-Umrechnung den Effekt der Abwertung der D-Mark berücksichtigt – immerhin rund 15 % im Jahr 1997. Neuer Exportweltmeister sind die USA.

Die Nationenwertung berücksichtigt Standorte, nicht Kapital-eigner. Längst sind deutsche Unternehmen an den Exporterfolgen wichtiger Länder beteiligt – nur eben nicht vom Standort Deutschland aus, wo insbesondere die Arbeitskosten, vor allem die Lohnnebenkosten, abschreckende Wirkung entfalten.

Staatsquote

Wird sie sinken?

Der Staat entzieht den Bürgern Geld und setzt es ein, um seine Aufgaben zu finanzieren. Der Entzug erfolgt durch die Erhebung von Abgaben sowie durch die Aufnahme von Schulden. Die öffentlichen Einnahmen fließen in Realausgaben sowie in Zinsausgaben und in Übertragungen. Realausgaben entstehen für Investitionen der öffentlichen Hände sowie für die Unterhaltung des Staatsapparates (Personalausgaben). Übertragungen werden hauptsächlich als soziale Leistungen sowie als Subventionen geleistet. Das Verhältnis aller staatlichen Ausgaben zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) nennt man die Staatsquote. Die Staatsquote erreichte im Jahr 1995 einen Rekordwert von 50,6 % und ging im letzten Jahr auf 48,8 % zurück. Bis zum Jahr 2000 soll sie auf 46 % gesenkt werden. Das Institut der Deutschen Wirtschaft untersuchte die Chancen dieses Vorhabens.

Um abschätzen zu können, wie die Chancen stehen, muß man die Rahmenbedingungen sowie die Zusammensetzung der staatlichen Ausgaben betrachten. Selbst bei optimistischen Annahmen (4 % nominales BIP-Wachstum jährlich, unterproportionale Zunahme der Staatsausgaben um 2,5 % jährlich) würde die Quote nur auf 48 % zurückgehen. Wenn das Wachstum nicht stärker zunimmt, hilft nur Ausgabendisziplin. Was davon zu erwarten ist, zeigt ein Blick auf die jüngste Entwicklung: Von 1991 bis 1997 stiegen die Personalausgaben um fast ein Viertel, während die öffentlichen Investitionen (die produktivste Form der Verwen-

derung öffentlicher Mittel) um mehr als 7 % abnehmen. Die Qualität des Standortes Deutschland hängt aber entscheidend von der Infrastruktur ab, die durch den Investitionsabbau am stärksten betroffen wurde. So gesehen, ist es fraglich, ob eine Zurückführung der Staatsquote überhaupt wünschenswert sei. Im Ernst besteht allerdings kein Zweifel daran, daß die Qualität der staatlichen Dienstleistungen einschließlich der öffentlichen Investitionen die internationale Wettbewerbsfähigkeit ganz entscheidend beeinflußt – ob die Staatsquote nun 46 oder 48 oder 50 % beträgt.

HERMES-Deckungen

Ab Oktober OECD-konform

Die OECD-Länder haben sich darauf geeinigt, die Länderklassifizierung der Käuferländer gemeinsam festzulegen und spätestens ab April 1999 anzuwenden. Deutschland führt bereits am 1. Oktober das revidierte System ein. Es wird dann sieben Risikokategorien geben anstelle der bisherigen fünf. Ferner wird nach öffentlichen und privaten Abnehmern unterschieden.

Neben kleineren Verschiebungen wird es auch einige größere geben. Das wird insbesondere dann der Fall sein, wenn verdeckte Subventionen verschwinden (was ja ein Ziel der Neuordnung ist) und die Risiken wirklichkeitsnäher als bisher bewertet werden. Die neuen Länderlisten sind noch nicht veröffentlicht. Die Harmonisierung der Prämien ist auf die Mindestsätze gerichtet. Die tatsächlichen Prämienätze sollen so bemessen werden, daß ein versicherungstechnischer Ausgleich erreicht wird.

Mit der Einführung des EURO am 1. Januar 1999 bietet HERMES seine Ausfuhrgehrleistungen wahlweise in DM und in EURO an. Die Wahl besteht auch hinsichtlich der Prämien- sowie der Entschädigungszahlungen.

Europäische Union

Europa und die Welt

Muskeln statt Bauch

Im nächsten Jahr wird der Außenhandel der elf EWU-Länder untereinander zum Binnenhandel der Europäischen Währungsunion. Nur der Außenhandel von EURO-Land trägt dann noch zum Welthandel bei. Die bereinigte Nettozahl wird die wahre Position im Welthandel zeigen. Die fortzusetzenden Konvergenzanstrengungen bedrohen die Investitionsausgaben stärker als die Verwaltungsausgaben, deshalb gefährden sie potentiell die produktive Komponente des öffentlichen Sektors. Im internationalen Wettbewerb aber sind Muskeln gefragt, sprich: Infrastrukturverbesserungen, wettbewerbsfähige Abgabensysteme, verbesserte Rahmenbedingungen für die mehrwertorientierte Produktion von Sachgütern und Dienstleistungen.

Parallel dazu werden unter dem Titel »Agenda 2000« Reformen betrieben, die den Bauch bisheriger Fehlentwicklungen wegbringen sollen, der sich in Agrar-, Struktur- und Finanzpolitik gebildet hat und die übrigen Reformen erschwert.

Die geplante Osterweiterung schließlich verlangt zwar außerordentliche Anstrengungen, läuft aber auch auf die Einverleibung eines der wichtigsten Wachstumspole der Weltwirtschaft hinaus. Beim Aufbau der nationalen Systeme in der Heranführungsphase kann überdies darauf geachtet werden, daß Strukturen geschaffen werden, die aus heutiger Sicht zukunftssicher sind und eben nicht die in der Vergangenheit gemachten Fehler, die heute als Altlasten nachwirken, wiederholen.

Die drei wichtigen Vorhaben können einander behindern, besonders dann, wenn es bei einstimmigen Beschlüssen bleibt, aber auch einander stützen. Es wird viel Verhandlungskunst und Durchsetzungsvermögen erfordern, die ehrgeizigen Ziele zu verwirklichen.

EWU

Elf plus fünfzehn

Die gemeinsame Währung im Europa der Elf, der EURO, wirft die Frage nach der Zukunft der Unterwährungen und sonstigen Währungsbeziehungen auf. Beziehungen zwischen EWU-Ländern gehen direkt im EURO auf, wie zum Beispiel die Anbindung des Schillings an die Deutsche Mark. Nicht regelbare und auch nicht regelungsbedürftige Beziehungen, wie die De-facto-Geltung der D-Mark im serbischen Teil Bosniens, bleiben außer Betracht: EURO-relevant sind sie nicht, da Deutschland keinerlei Verpflichtung übernommen hat.

Anders verhält es sich mit der Beziehung des Französischen Franc zur Gemeinschaftswährung der Afrikanischen Finanzgemeinschaft, dem CFA-Franc, und zum Komoren-Franc. Die ehemaligen französischen Kolonien haben ihre Währungen an den Französischen Franc gebunden, das französische Finanzministerium hat die Verpflichtung übernommen, für eventuelle Leistungsbilanzdefizite einzustehen, die afrikanischen Staaten haben sich im Gegenzug verpflichtet, die Hälfte ihrer Auslandsguthaben in Frankreich anzulegen.

Die Europäische Zentralbank hat mit den afrikanischen Staaten direkt nichts zu tun. Die Deckungszusage bleibt Angelegenheit Frankreichs. Das Risiko, das darin steckt, kann der EZB aber nicht gleichgültig sein. Frankreich als EURO-Land mit 58 Mio. Einwohnern im Mutterland und zusammengerechnet weiteren 80 Mio. im Währungsverbund ist potentiell stärker gefährdet als andere EWU-Mitglieder, da der Umfang der Verpflichtungen und der Umfang der politischen Gestaltungsmöglichkeiten nicht deckungsgleich sind.

Die »Versicherung« der Außenwirtschaftsrisiken der afrikanischen Staaten durch das ehemalige Mutterland sollte entweder offen europäisiert werden, zum Beispiel durch eine Art EZB-Rückversicherung, oder, als Schlußstrich unter die Kolonialgeschichte, in der bestehenden Form aufgegeben werden. Ob die überkommenen Pflichten durch einmalige »Kapitalisierung« der Deckungszusage erfüllt werden sollten – das wäre in der Tat eine ausschließlich französische Angelegenheit.

Amerika

Panamerika

Das Fernziel will nicht näherrücken

Die Vision des amerikanischen Präsidenten, bis zum Jahr 2005 die Voraussetzungen für eine Panamerikanische Freihandelszone zu schaffen, wird von vielen geteilt, der Weg dorthin bleibt weiterhin heftig umstritten. Den Nordamerikanern schwebt das Modell der NAFTA mit dem schnellen Verschwinden der Binnengrenzen vor, den Südamerikanern eher ein vorsichtiger Prozeß mit langen Schonfristen.

Die Unterschiede der Wirtschaftskraft sollen zunächst durch Kooperationen zwischen den regionalen Zusammenschlüssen gemildert werden. Die zähen Verhandlungen zwischen MERCOSUR, Andenpakt und CARICOM machen den kleineren Teil der zu erwartenden Schwierigkeiten deutlich. Der größere Teil beruht nicht zuletzt darauf, daß der amerikanische Präsident das Mandat zur Verhandlung (»fast track authority«) erst dann erneut beantragen will, wenn ein Scheitern mit hoher Wahrscheinlichkeit auszuschließen ist. Die negative Beurteilung der NAFTA in den politischen Gremien der USA legt die Latte dieser Akzeptanz hoch – höher jedenfalls als den Südamerikanern lieb sein kann.

USA

Rekordaußenhandelsdefizit

Das Außenhandelsdefizit ist das traditionelle Aber jeder Aussage über die blühende amerikanische Wirtschaft. In diesem Jahr strebt es einem neuen Rekord von weit über 200 Mrd. \$ zu. Diese Größe wird von mehreren Entwicklungen beeinflusst. Die mittel- und südamerikanischen Freihandelszonen begünstigen den Binnenhandel und erschweren so die US-Exporte in diese Regionen. Die OPEC-Staaten nehmen weniger Geld ein und beschränken ihre Importe entsprechend. Die asiatischen Märkte leiden doppelt: unter der Währungskrise einiger südostasiatischer Staaten und unter der langanhaltenden Wachstumsschwäche der japanischen Wirtschaft, die ihrerseits zur Verstärkung der Folgen der Währungskrise beiträgt.

Re-Importe legal

Auch amerikanische Unternehmen wehren sich gegen Re-Importe ihrer billig ins Ausland gelieferten Markenartikel. Der oberste Gerichtshof machte einem ausdauernd und verbissen geführten Rechtsstreit jetzt ein Ende: solche Re-Importe können von den Exporteuren nicht verboten werden. Die durch die gewerblichen Schutzrechte grundsätzlich gegebene Möglichkeit des Copyright-Inhabers, seine Zustimmung zu verweigern, erlischt mit dem Export und lebt beim Re-Import nicht wieder auf. Dieser besondere graue Markt hat nach Schätzungen mittlerweile ein

Volumen von 130 Mrd. \$ jährlich. Die amerikanischen Verbraucher erwarten tendenziell sinkende Preise für die betroffenen Produkte.

Haushaltsüberschüsse erwartet

Die USA machen zum Staunen vieler Europäer vor, was einem Hausvater selbstverständlich ist: sie sparen in Zeiten hoher öffentlicher Einnahmen, bauen Schulden ab und sichern darüber hinaus ihre reformierten Haushaltsgrundsätze durch strikte Gesetze ab. Die erwarteten Überschüsse von 10 bis 80 Mrd. \$ in den Jahren 1999 bis 2003 werden ausschließlich zur Reform der Sozialsysteme eingesetzt. Viele Europäer dagegen sparen in Zeiten sinkender öffentlicher Einnahmen, mindern Leistungen, mehren Schulden und belasten kommende Generationen, sofern die nicht lieber auswandern – wie frühere Generationen.

Panama

Die Zukunft fest im Blick

Das berühmte Palindrom »a man, a plan, a canal: Panama« (von vorn und hinten lesbar) kommt zu neuen Ehren. Ende nächsten Jahres übergeben die USA die Panamakanalzone endgültig an den panamaischen Staat. Der Übergabe wird dann eine 20jährige Übergangszeit vorausgegangen sein, eine Zeit, die Panama genutzt hat, um ein ehrgeiziges Ziel zu verwirklichen: einen florierenden Staat nach dem Vorbild Singapurs oder Hongkongs einzurichten.

Zur Vorbereitung gehörten der WTO-Beitritt, in dessen Gefolge die Zölle spürbar gesenkt wurden, die De-facto-Übernahme des US-Dollar als Landeswährung (mit stabiler Inflationsrate von rund 2 %), die konsequente Steigerung der Attraktivität des Standortes an der Nahtstelle beider Amerika für ausländische Investoren und nicht zuletzt das Zurückdrängen der organisierten Kriminalität (vor allem Drogenhandel und Geldwäsche). Die Rechtsordnung wurde bereits weitgehend internationalen Standards angepaßt, und wichtige Staatsunternehmen wurden privatisiert.

Die Kanalzone war bisher vom Rest des Landes isoliert und wird es auf absehbare Zeit wohl auch bleiben. Der Abstand zwischen dem internationalen Finanz- und Dienstleistungszentrum und der armen Bevölkerung in den Slums sowie den stadtfrem lebenden Indio-Stämmen dürfte trotz aller Bemühungen eher größer werden. Aktuell dämpft das Klimaphänomen, das El Niño genannt wird, den Optimismus ein wenig: zum ersten Mal in der Geschichte der Kanalschifffahrt mußte der zulässige Tiefgang herabgesetzt werden – wegen Wassermangels.

MERCOSUR

Kommt die Währungsunion?

Die Globalisierung der Wirtschaft führt zu Angleichungsprozessen, die ihre Energie paradoxerweise aus Unterschieden, Ungleichheiten und (dynamischen) Ungleichgewichten beziehen.

Der MERCOSUR mit seinen ungleichen Mitgliedern macht da keine Ausnahme.

Argentinien setzt auf stabilen Geldwert und stabile Wechselkurse und hat seinen Peso an den Dollar gebunden (verzichtet also auf eine nationale Geldpolitik). Brasilien setzt auf Eigenständigkeit und führt die Überbewertung des Real in einem kontrollierten Prozeß um 0,6 % monatlich allmählich zurück. Der Vorschlag einer Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung nach dem Vorbild des EURO kommt denn auch aus Argentinien und wird in Brasilien skeptisch beurteilt.

Der derzeit diskutierte Katalog von Konvergenzkriterien umfaßt bezeichnenderweise drei Werte: eine Inflationsrate von höchstens 2 %, eine öffentliche Schuldenlast von höchstens 30 % des BIP und ein Leistungsbilanzdefizit von höchstens 3 %. Die Kosten für Argentinien wären gering, die Vorteile groß. Für Brasilien ergibt sich ein spiegelverkehrtes Bild. Die offenbar derzeit größtmögliche Gemeinsamkeit liegt in dem Entschluß, zunächst die weitere Entwicklung in Europa zu beobachten.

Die relative Attraktivität der einzelnen MERCOSUR-Mitglieder droht allerdings mit fortschreitender Entwicklung auf eine panamerikanische Freihandelszone hin im weltweiten Standortwettbewerb an Bedeutung zu verlieren, so daß die Stärkung der Gemeinschaft für alle Mitglieder von existentieller Bedeutung wird.

Asien und Australien

China

Lahmender Fortschritt

Chinas Altlasten sind ein chinesisches Problem, das durch ungünstige Entwicklungen auf den Weltmärkten nicht direkt verstärkt wird. Der nichtkonvertible Yuan schützt das Land außerdem vor Spekulationen und damit vor einem Übergreifen von Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten. Der Entwicklungsprozeß, an dessen Anfang Exporterfolge vorzugsweise in Asien stehen, wird allerdings beeinträchtigt.

Die lange Zeit befürchtete Gefahr einer Yuan-Abwertung zur Verbesserung der Absatzchancen in Asien scheint indessen gebannt zu sein. Außer der chinesischen Mentalität hat wohl auch die Überzeugung dazu beigetragen, daß eine solche Maßnahme eher zu einem Abwertungswettlauf als zu der angestrebten Verbesserung der Exportchancen führen würde.

Völlig gebannt ist die Gefahr aber nicht. Es bestehen erhebliche soziale Konflikte, die verstärkt werden durch große regionale Unterschiede sowie durch den Gegensatz zwischen städtischen und ländlichen Wirtschaftsräumen. Nach Einschätzung von Experten läßt die dämpfende Wirkung von Wachstumserfolgen auf diese Konflikte nach, wenn die Rate unter 5 % sinkt. Derzeit liegt sie bei 5-6-7 %, wie die Propagandazahlen übersetzt werden, also an der Grenze des gerade noch Erträglichen.

Japan

In der Klemme

Hohe Handelsbilanzüberschüsse im Handel mit den USA signalisieren eine Unterbewertung des Yen. Eine Aufwertung von 20 bis 30 % gegenüber den von der Krise betroffenen Währungen der Region signalisiert das Gegenteil. Die USA drängen weiter massiv, das bilaterale Ungleichgewicht zu verringern, während der japanischen Exportindustrie die asiatischen Märkte wegbrechen. Die wichtigste Stütze der lahrenden Binnenkonjunktur wird schwächer. Japan ist in der Klemme.

Die Finanzkrise in Asien wird überschattet von der gewissermaßen weit größeren Krise, in die das Leitbild Japan geraten ist. Das Land, das immerhin 70 % des asiatischen Sozialprodukts erwirtschaftet, war das Vorbild der Tigerstaaten. Das japanische Modell mit seiner straffen staatlichen Führung, der Orientierung an traditionellen asiatischen Werten, mit seiner Konsensgesellschaft, verblaßt und beraubt die Schwellenländer des Ziels ihres eigenen Entwicklungsprozesses.

Der asiatische Kapitalismus als Gegengewicht zum amerikanischen ist in eine ideologische Krise geraten. Es scheinen nur zwei Entwicklungswege offen zu bleiben: die Orientierung an den USA (vielleicht mit einer Prise Europa, wie der zweite ASEM-Gipfel andeutungsweise erkennen ließ) oder an Chinas sozialistischer Marktwirtschaft (wobei die im Wandel befindliche sozialistische Komponente ja auch als Orientierung an asiatischen Werten gedeutet werden kann).

In Japan selber mehren sich die Stimmen, die eine Neuausrichtung fordern, welche auf die Aufgabe des japanischen Weges hinauslaufen. Die aktuell gefaßten Sparbeschlüsse und Konjunkturprogramme lassen davon nichts erkennen. Die Maßnahmen mit einem Volumen von umgerechnet fast 230 Mrd. DM werden jedenfalls als Strohfeuer bezeichnet. Das hohe Wohlstandspolster läßt die aktuelle Härte offenbar noch nicht stark genug spüren.

Afrika

Maghreb

Afrika-Wirtschaftstag

Der Wirtschaftstag unter dem Motto »Länder des Maghreb – Nachbarn und Partner« belegte gute Nachbarschaft bei schwach ausgeprägter Partnerschaft und zeigte den deutschen Unternehmen deshalb ungenutzte Chancen in einem Wirtschaftsraum auf, der in seiner Bedeutung bereits mit Mittel- und Osteuropa konkurriert. Zugleich wurden aber auch große Unterschiede deutlich.

Das MEDA-Programm der EU hat sehr zu einer Annäherung beigetragen. Tunesien und Marokko haben bereits Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen, in denen sie sich verpflichteten, ihre Märkte zu öffnen. Algerien steht vor einem Abschluß. Das Land leidet aber unter den inneren Kämpfen, welche allerdings die Fördergebiete im Süden weitgehend verschonen. Libyen schließlich ist wegen des UN-Embargos immer noch schwieriges Terrain.

Südafrika

WTO drängt SACU

Die südafrikanische Zollunion SACU, der die Republik Südafrika, dazu Botswana, Lesotho, Namibia und Swasiland angehören, hat nach Meinung der Welthandelsorganisation WTO zu hohe Zollmauern um die Südspitze des Kontinents errichtet. Auch nichttarifäre Handelshemmnisse, darunter die als unangemessen angesehene Kompliziertheit des Systems, werden kritisiert. Die WTO tritt dabei nicht nur als Vertreterin der reinen Lehre auf, sondern weist den Staaten zugleich Wege zu einer besseren Integration in die Weltwirtschaft. Den Forderungen stehen wirtschaftliche und soziale Interessen entgegen, vor allem die Erzielung öffentlicher Einnahmen und die Steuerung von Prioritäten zugunsten der vielen Arbeitslosen (29 %).

Europa

Österreich

Schöner malen nach Zahlen

Die Umstellung der Statistik auf europäische Definitionen dauerte sehr lange und ließ die österreichischen Konjunkturforscher ohne verlässliche Zahlen in einem Dunkel tappen, das sich erst jetzt – nach Vorlage aktueller Ergebnisse – aufgehellt hat zu einem geradezu rosigen Bild der Lage.

Das Wachstum 1997 hat 2,5 % betragen, der Ausfuhrzuwachs 14 %, die Zunahme der Investitionen real 3,6 % – das sind Werte, die deutlich über den Annahmen liegen. Als richtig hat sich die Annahme erwiesen, daß die Sparpolitik der Regierung zu einer verminderten Sparquote führen würde (von 8,6 auf 8,1 %) und daß der private Konsum (mit 0,3 % Zuwachs real) nicht wesentlich zu der guten Konjunkturlage beigetragen hat. Das Haushaltsdefizit hat bei nur noch 2,5 % (nach 4 % im Jahr 1996) gelegen, der Schuldenstand ist auf 66,1 % des BIP zurückgegangen.

Italien

Wie groß ist das kleinere Übel?

Italien hat von zwei Übeln das kleinere gewählt. Das größere Übel wäre der Verzicht auf die Anstrengung gewesen, der Europäischen Währungsunion von Anfang an anzugehören, das kleinere Übel war der Entschluß, dabei sein zu wollen. Im ersten Fall (sowie im lange Zeit möglich gewesenen Fall des Scheiterns der Bemühung) wäre die Lira mit Sicherheit unter Abwertungsdruck geraten und hätte der zu erwarten gewesene Anstieg des Zinsniveaus die Schuldenspirale außer Kontrolle geraten lassen. Der zweite Fall ist nun eingetreten.

Belgien und Italien waren bis zuletzt umstrittene Kandidaten, weil beide mehr als doppelt so viel Staatsschulden aufgetürmt haben, wie es dem entsprechenden Kriterium von 60 % des BIP entspricht. Italien speziell war in der Kritik, weil das Land allein 30 % der öffentlichen Schulden aller EWWU-Mitgliedsländer

mitbringt. Die Anstrengung ließ eine ungewohnte Ruhe an den innenpolitischen Fronten einkehren, von der jetzt befürchtet wird, daß sie zu Ende geht.

Während die italienische Regierung Befürchtungen beschwichtigt und Kritik aus dem Ausland zurückweist, sind aus italienischen Unternehmerkreisen Stimmen zu hören, die ganz ähnlich klingen wie diejenigen der ausländischen Kritiker. Die Aufnahme Italiens in den EURO-Club muß bei objektiver Betrachtung hinsichtlich der Staatsschulden nachträglich gerechtfertigt werden durch eine nachhaltige Neuausrichtung der Finanzpolitik, insbesondere durch einen strikten und sicherlich schmerzhaften Schuldenabbau über einen längeren Zeitraum – und über alle Regierungswechsel hinweg, die bis dahin eintreten können.

Die Unzufriedenheit im Innern ist auf Umfang und Qualität der Staatstätigkeit gerichtet. Der Staat entzieht der Wirtschaft enorme Mittel, teils im Wege der Besteuerung, teils durch Schuldenaufnahmen in einer Größenordnung, welche die Finanzmärkte leerfegt. Die staatlichen Leistungen dagegen werden einhellig als rückständig angesehen: Die öffentliche Verwaltung einschließlich der Rechtspflege ist umständlich, teuer, kurz so ineffizient, daß die von der Wirtschaft erwartete Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für den europäischen Wettbewerb nicht vorankommt.

Spanien

Sonne mit Flecken

Die spanische Wirtschaft gehört zu den am schnellsten wachsenden unter den Industrienationen. Das Wachstum von 3,4 % im letzten Jahr dürfte in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen. Die Inflationsrate liegt mit 2 % auf dem tiefsten Stand der letzten 30 Jahre. Es wird allerdings erwartet, daß sie im laufenden Jahr wieder ansteigt. Das Haushaltsdefizit betrug zuletzt 2,6 %, was auch an der günstigen Zinsentwicklung liegt. Die bis zum Jahr 2000 vorgesehene Senkung auf 1,6 % wird von der OECD gleichwohl kritisiert, weil kein ausreichendes Polster geschaffen wird für konjunkturelle Einbrüche. Spanien hat mit einer Quote von 21 % die höchste Arbeitslosigkeit der EU. Eine deutliche Abnahme ist trotz guter Konjunktur nicht in Sicht. Die Bemühungen, die Wirtschaftspolitik an den gemeinsamen europäischen Maßstäben auszurichten, tragen Früchte. Das Ziel, diese positive Entwicklung nachhaltig zu sichern, erfordert weiterhin große Anstrengungen.

Polen

Die Schwierigkeiten der Ebene

Polen hat von allen Transformationsländern am schnellsten Anschluß an EU-Standards gefunden. Dennoch ist es ein weiter Weg bis zur vollwertigen Mitgliedschaft. Die Privatisierung der Wirtschaft kommt planmäßig voran, das reale Wachstum liegt bei

7 %, die Inflationsrate sinkt weiter (lag 1997 aber noch bei 13 %), die Arbeitslosigkeit geht zurück. Die Wirtschaftsleistung übertrifft diejenige der Vorwendezeit.

Die Beitrittsverhandlungen mit der EU zeigen aber auch fundamentale Schwächen. In den Problembranchen wie der Landwirtschaft, dem Bergbau, der Stahlindustrie vereinigen sich Erb-lasten der Kollektivierung mit Entwicklungen, die weltweit in längeren Zeiträumen bewältigt wurden und in Polen nun in kurzer Zeit nachzuholen sind. Das kostet Kraft und erfordert Umsicht.

Gerade das polnische Partnerschafts-Management aber, zum Beispiel der Einsatz von Phare-Mitteln der EU zur planvollen Überleitung in die Mitgliedschaft, wird von den EU-Verhandlungsführern bemängelt. Klare Konzepte liegen nicht vor, erst recht keine Koordinierung der diversen Partialanstrengungen. Die Versuche der polnischen Seite, möglichst bald volle Ansprüche zu erwerben und möglichst lange Schutzbereiche aufrecht zu erhalten (ein Bestreben, das auch westeuropäischen Mitgliedstaaten nicht fremd ist), werden vor allem deshalb kritisch gesehen, weil bezweifelt wird, daß solche Schonfristen zur gezielten Transformation genutzt werden.

Trotzdem ist es richtig, daß die polnischen Märkte aufnahmefähig sind, der Standort Polen für ausländische Investoren attraktiv ist und das Land unter den »emerging economies« eine Spitzenposition einnimmt.

Ein Standardwerk neu vorgestellt

EG-Wirtschaftsrecht Außenwirtschaft

Bearbeitet von Friedrich Karl Willms, Dieter Haferkamp, Thomas Lo und Helmut Paesler. Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln. Loseblattwerk in 6 Ordnern. Ca. 6500 Seiten. 398 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3 87156 150 9.

Die deutsche Wirtschaft hat eine ihrer Stärken in der Ausfuhr. In der langanhaltenden Rezession der neunziger Jahre erweist sich der Export als einzig verlässlicher Konjunkturmotor. Bei allen Schwankungen der Weltwirtschaftslage ist die weitaus wichtigste Exportregion für deutsche Güter der europäische Binnenmarkt. Viele unserer Nachbarstaaten beziehen den größten Teil ihrer Exporte aus Deutschland.

Auf dem Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion verschieben sich die Gewichte weiter. Das deutsche Recht verliert an Bedeutung, das europäische nimmt zu. Das Werk »EG-Wirtschaftsrecht Außenwirtschaft« berücksichtigt beide Entwicklungen, indem es deutsches und europäisches Recht »unter einen Hut« bringt: Gesetze und Verordnungen werden ausgewertet, mit Anmerkungen versehen und leicht nachschlagbar erhalten.

Die gelegentlich als »Regelungswut« bezeichnete Neigung des deutschen wie auch des europäischen Gesetzgebers führt dazu, daß die betroffenen Unternehmen immer neue Regularien und Änderungen beachten müssen: Ge- und Verbote, Kompetenzen von Behörden und nicht zuletzt statistische Meldepflichten. Die

Form des Loseblattwerks ist besonders gut geeignet, den Wandel nachzuvollziehen und das Werk stets aktuell zu erhalten. Die

Praxis schätzt die Klarheit und die Sicherheit, die dieses Werk dem Benutzer immer wieder verschafft.

Erstdruck in: Außenwirtschaftsbrief 3/98. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, Juni 1998: Deutscher Wirtschaftsdienst.